

Herkunftskennzeichnung: Ministerin Köstinger initiiert Fairness-Allianz

Am 21. Februar 2022 trafen sich die Agrarministerinnen und -minister in Brüssel, um die Kohärenz zwischen Green Deal, Gemeinsamer Agrarpolitik und Handelspolitik, Marktthemen und die geplante Entwaldungs-Verordnung zu diskutieren. Ministerin Köstinger setzte sich gemeinsam mit ihrem deutschen Kollegen und großer Unterstützung anderer Mitgliedstaaten für faire Preise in der Landwirtschaft ein.



Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger setzt sich für eine einheitliche europaweite Regelung ein. (© BMLRT/Paul Gruber)

Die Tagung der Ministerinnen und Minister für Landwirtschaft

wurde vom französischen Minister Julien Denormandie geleitet. Österreich war durch Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger vertreten. Von Seiten der Europäischen Kommission nahmen Landwirtschaftskommissar Janusz Wojciechowski, Stella Kyriakides, Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, und Virginijus Sinkevičius, Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei, teil.

Landwirtschaft unter Druck

Die Schere zwischen hohen Preisen für die Konsumentinnen und Konsumenten und den niedrigen Einkommen der Landwirtinnen und Landwirte öffnet sich zunehmend. Europäische Landwirtinnen und Landwirte können bei den anhaltend niedrigen Preisen oft nicht einmal ihre Produktionskosten abdecken und sind zugleich mit ständig steigenden Energie-, Düngemittel- und Futtermittelpreisen, als auch mit strengeren Anforderungen an die Landwirtschaft konfrontiert, die mitunter zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber Drittstaaten führen.

Dies alles erzeugt Druck auf die Bäuerinnen und Bauern, bedroht ihre Existenz und wirkt sich letztendlich auf die Lebensmittelversorgungssicherheit für die gesamte Gesellschaft aus. Um einer produzierenden Landwirtschaft wieder eine zukunftsfähige Perspektive bieten zu können, braucht es faire Einkommen.

Neue EU weite Richtlinie gegen unfaire Geschäftspraktiken

Mit der Richtlinie gegen „unfaire Geschäftspraktiken“ (UTP-Richtlinie) werden die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelkette gestärkt und Ungleichgewichte entlang der Wertschöpfungskette abgebaut. Die nationalen Strategiepläne der Gemeinsamen Agrarpolitik werden beispielsweise über die Förderung kurzer und regionaler Versorgungsketten ihren Beitrag leisten.

Eine erhöhte Wertschätzung für hochqualitative Lebensmittel sowie der Leistungen der Bäuerinnen und Bauern seitens der Konsumentinnen und Konsumenten ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt. Neben der Wertschätzung sieht Landwirtschaftsministerin Köstinger die Transparenz über die Herkunft und Produktionsweise der Lebensmittel als Ansatzpunkt, der die Konsumentinnen und Konsumenten bei ihren Kaufentscheidungen beeinflusst:

„Unsere Bäuerinnen und Bauern, aber auch die Konsumentinnen und Konsumenten haben sich volle Transparenz verdient. Wir produzieren in Europa Lebensmittel mit höchster Qualität und das macht den Unterschied aus.“

Für Konsumentinnen und Konsumenten ist es derzeit kaum möglich, zu erkennen, woher die Grundzutaten in verarbeiteten Lebensmitteln kommen. Dabei legen 86 Prozent der österreichischen Bevölkerung großen Wert auf die Herkunft von Lebensmitteln.

Die Fairness-Allianz

Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger setzt sich daher vor allem für eine einheitliche europaweite Regelung ein. Beim informellen Landwirtschaftsrat Anfang Februar forderte sie die Europäische Kommission erstmals auf, rasch ein Konzept für eine EU-weit einheitliche und vor allem verpflichtende Herkunftskennzeichnung vorzulegen. Beim Agrar-Rat in Brüssel initiierte sie nun gemeinsam mit dem deutschen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir eine Fairness-Allianz.

„Unser Vorstoß hat gezeigt, dass die verpflichtende Herkunftskennzeichnung ein zwingend notwendiges Instrument ist, um die Wertschöpfung bei den Bäuerinnen und Bauern zu steigern. Mehr als die Hälfte der Mitgliedsstaaten unterstützen unsere gemeinsame Fairness-Allianz mit Deutschland. Das ist ein riesen Erfolg!“, so die Ministerin.

14 EU-Mitgliedstaaten fordern dabei die Europäische Kommission auf, rasch einen Legislativvorschlag für eine verpflichtende EU-weite Herkunftskennzeichnung vorzulegen, die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette auszubauen und regionale Versorgungsketten sowie kurze Versorgungswege zu stärken.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at